

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint zweimal wöchentlich, ein Mal am Montag, ein Mal am Donnerstag, und ist eine Anwartszeitung für die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel und das Handwerk. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Dresden. Preis: 1,50 Mk. pro Quartal, 4,50 Mk. pro Halbjahr, 9,00 Mk. pro Jahr. Einzelnummern 10 Pf. (inkl. Postgebühren). Abbestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen entgegen. Redaktion: Wilsdruff, Dresden.



Angelausgabe laut Postgesetz Nr. 3. — A. B. Nr. 10. — Verteilung: Montag 10 Uhr, Dienstag 10 Uhr, Donnerstag 10 Uhr. Preis: 1,50 Mk. pro Quartal, 4,50 Mk. pro Halbjahr, 9,00 Mk. pro Jahr. Einzelnummern 10 Pf. (inkl. Postgebühren). Abbestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen entgegen. Redaktion: Wilsdruff, Dresden.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen bei ördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 290 — 94. Jahrgang — Drahtanschrift: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Freitag, den 13. Dezember 1935

Die kommunistische Gefahr in den Vereinigten Staaten.

Amerikanische Kommunisten beschimpfen das Sternchen, so vernahmen wir dieser Tage aus den Vereinigten Staaten. Das ist eine Alarmnachricht aus U.S.A., die Beachtung verdient, und die an Bedeutung gewinnt, wenn man sie in Verbindung mit der ganzen kommunistischen Propaganda in U.S.A. bringt, von der die folgenden Zeilen einen Begriff geben.

Die in Boston erscheinende amerikanische Zeitung „Christian Science Monitor“ veröffentlicht einen interessanten Artikel aus der Feder des amerikanischen Journalisten Charles Davenport, der die anwachsende kommunistische Gefahr in den Vereinigten Staaten aufzeigt. Mr. Davenport führt u. a. aus: Der „Daily Worker“, die kommunistische Tageszeitung, die in New York veröffentlicht wird, brachte im Frühjahr 1934 über bis sechs Wochen lang die Ankündigungen verschiedener Streiks, die in der amerikanischen Industrie durchgeführt werden sollten. Das kommunistische Blatt nahm auch für sich in Anspruch, daß es verschiedene Streiks angeregt habe und daß sich die Kommunisten direkt bei Streiks beteiligten.

Diese Behauptung, so führt der amerikanische Journalist fort, wurde durch Zivil- und Militärbehörden in jedem Falle bestätigt. Große Mengen radikaler kommunistischer Literatur wurden bei Tugenden von Industrieführungen und Streiks gefunden. Alle Schriften zeigten den Ausdruck des Zentralkomitees der kommunistischen Partei von U.S.A.

Kurz nachdem A. J. Ruste, der Führer der revolutionären amerikanischen Arbeiterpartei wegen Anfeindung zu einem Aufstand verurteilt worden war, wurde ihm laut Meldung von Beamten in Illinois eine Stellung als Lehrer bei der Bundes-Hochschule von Prof. D. W. Burton der Georgia-Universität angeboten.

Von weiterer Bedeutung beim kommunistischen Kampfplan ist die Verbreitung pazifistischer und atheisistischer Propaganda.

An den Kongress gegen Krieg und Faschismus in Chicago im September 1934 nahmen nahezu 16 000 Besucher teil, und kommunistische Literatur wurde auf jeder Sitzung verkauft. Die Abzeichen der kommunistischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen waren auf dem Vorplatz angebracht. Der Geistliche Harry A. Ward von dem Bundesrat der Kirchen und gleichzeitig Vorsitzender der amerikanischen Liga gegen Krieg und Faschismus war einer der eingeladenen Redner. Er erklärte, „wir müssen zusammenstehen und dem kapitalistischen System Trost bieten; beseitigt die faschistische Zeit in diesem Lande, durch die sich der verfallende Kapitalismus am Leben zu erhalten sucht“. Darauf wurde eine Wortschatz vom Rednerpult verlesen, aus der hervorging, daß viele Zellen der kommunistischen Partei innerhalb der Nationalgarde bestehen.

Die jungen Kommunisten in U.S.A. sind angewiesen, in das Landesheer und die Flotte der Vereinigten Staaten einzutreten, um dort die Propaganda gegen die Regierung und ihre Beamten vorwärtszutragen und gleichzeitig Einzelheiten über militärische Dinge und solche Informationen zu sammeln, die im Kampf um die Macht eines Tages wertvoll sein können.

Der Atheismus nimmt einen zentralen Platz im kommunistischen Dogma, dessen Führer die Behauptung Lenins wiederholen, die Religion ist Opium, ein. Die Vereinigung der Gottlosen, eine atheisistische Bewegung junger Leute, ist besonders typisch für die umfangreichen Organisationen, die die kommunistische Partei zur Verbreitung atheisistischer Propaganda gegründet hat. Einige Zeitungen von New York haben kürzlich behauptet, daß man Geld der Regierung dazu verwende, um sozialistische und kommunistische Schulen zu gründen und arbeiten zu lassen. In bestimmten Teilen des Landes wird staatliches Geld für sogenannte Arbeiterschulen verwendet. Ferner wurde jüngst entdeckt, daß Geld, das von der Regierung kam, dazu benutzt wurde, eine kommunistische Schule in Oberlin (Ohio) zu finanzieren und daß eine Klasse von weiblichen Arbeiterinnen von Miss Marion Bonner, die Mitglied der kommunistischen Partei in U.S.A. ist und vom Staat ihr Gehalt erhält, unterrichtet wurde. In einer Chicagoer Arbeiterschule wurde das Singen der Internationale an Stelle der amerikanischen Nationalhymne „Star-Spangled Banner“ eingeführt. Insgesamt sollen nahezu 3 000 kommunistische Schulen in den Vereinigten Staaten bestehen.

Kommunistische Zeitschriften teilen mit, daß sie einen Umlauf von mehr als vier Millionen haben, und bei keiner einzigen kommunistischen Organisation, der man nachspürte, wurde ein Bankkonto von weniger als 40 000 Dollar festgelegt. Die Anzahl der kommunistischen und mit dem Kommunismus sympathisierenden und ihn unterstützenden Organisationen in U.S.A. ist groß und wächst beständig.

Die Oelsperre vorläufig aufgeschoben.

Sanktionenkampf in Genf.

Die Gegnerschaft gegen den Friedensplan regt sich. — Laval und Eden in der Zwidmühle. — Hoffnung auf Mussolini.

Nach den Vorgesetzten in Paris und London über den englisch-französischen Friedensplan zur Beendigung des Krieges in Abessinien, ist nun die Hauptschlacht im Gange. Sie wird im Völkerbund in Genf ausgetragen, und von der Entscheidung wird vielleicht viel mehr abhängen, als nur das Schicksal Italiens und Abessinien. Der Plan hat auch in London sehr viel Unruhe und Parteienhader hervorgerufen, und in Paris ist man auch nicht mit ganzem Herzen für Lavals Haltung eingetreten. Jetzt in Genf melden sich die Kleinen Staaten, denen an diesem Beispiel klar wird, daß Nachfragen von den Großstaaten untereinander ausgehandelt werden, nur daß der Völkerbund ihnen lediglich Ruffisse ist.

Politik wird oft im D-Zug gemacht. So saßen denn von Paris aus die französischen und englischen Sachverständigen für Abessinien zusammen im gleichen Zuge nach Genf. In der Völkerbundstadt traf der französische Ministerpräsident Laval den britischen Völkerbundminister Eden. Und während noch die ganzen anderen Völkerbundsvertreter nacheinander in Genf eintrafen, saßen die beiden Minister bereits bei ernstlichen Verhandlungen mit den Mitgliedern des sogenannten Fünferausschusses,

dem spanischen Delegierten Naderiaga, dem türkischen und dem polnischen Vertreter zusammen. Dabei wurde die Frage erörtert, wie man die Pariser Vereinbarungen zum Gegenstand von Verhandlungen des Völkerbundes machen könne, ohne daß man zu diesem Zweck erst offiziell den Völkerbundrat einberufe und damit einer starken Gegnerschaft in Genf die Möglichkeit zu öffentlichen Äußerungen gegen die Pariser Vorschläge gibt. Die Vertreter der Türkei und Polens sprachen sich gegen die Einberufung dieses Fünferausschusses aus und vertraten die Auffassung, daß

ohne Antwort von Mussolini und vom Regus offizielle Verhandlungen überhaupt nicht möglich seien, und daß nach Eintreffen einer solchen Antwort zunächst die offizielle Einberufung des Völkerbundsrates und die Beauftragung eines neuen Ausschusses notwendig seien.

Damit ist der besonders von Paris betriebene Versuch, die Vorschläge unter der Hand und ohne viel Aufhebens zum Gegenstand von Verhandlungen des Völkerbundsrates und seines Ausschusses zu machen, gescheitert. Man muß jetzt, wenn man überhaupt in Genf sich nicht auf Ruffissenverhandlungen beschränken will,

wahrscheinlich die Einberufung des Völkerbundsrates vornehmen, auf deren Tagesordnung man in ganz offizieller Form die Verhandlung des italienisch-abessinischen Krieges setzen müßte. Sollte es der Opposition gelingen, eine öffentliche Aussprache in der Sanktionskonferenz oder im Völkerbundrat über das Verhalten Englands und Frankreichs herbeizuführen, so wird doch niemand den Mut haben, die Gefahr eines europäischen Krieges dadurch auf sich zu nehmen, daß er die Verhandlungen in ihrem jetzigen Stadium fört. Erschwerend hat die in Genf eingetroffene Nachricht gewirkt, daß

der Regus die Pariser Vorschläge völlig abgelehnt hat, was er in einer Unterredung mit dem Vertreter des halbamtlichen Pariser Nachrichtenbüros Habas zum Ausdruck gebracht hat. Zunächst aber versucht man die ablehnende Haltung Abessinien möglichst zu übersehen. Man erwartet, daß Mussolini nicht so ohne weiteres den Pariser Plan verwirft. Allerdings erwartet man, daß der Duce versuchen wird, weitere Vorteile für Italien herauszuholen.

In diesem Zusammenhang wollte der Berichterstatter des Pariser „Matin“ wissen, daß der britische Außenminister Hoare vielleicht mit Mussolini zusammentrifft.

Wachsende Abneigung in England.

Die Regierung ist bedenklich. — Verstärkte Opposition im Unterhaus.

Aus London verläutet, daß sieben Parlamentsmitglieder aus den drei hinter der Regierung Baldwin stehenden Parteien einen Antrag eingebracht haben, in dem das Haus aufgefordert wird, seine Zustimmung zu einem Vertrag zu versagen, der „unser internationale Verpflichtungen dem Völkerbund gegenüber ignoriert, indem er dem Angreiferstaat nach seinem unprovizierten Angriff größere Konzessionen anweist, als er durch Friedensverhandlungen erhalten

hätte“. Ob dieser Antrag zur Vertrauensfrage erhoben wird, steht noch nicht fest. Sicher ist nur, daß es noch vor Weihnachten eine sehr scharfe Aussprache im englischen Unterhaus

geben wird. Die Presse der äußersten Rechten, z. B. „Morning Post“, wie die Blätter der Opposition, stellen in seltener Übereinstimmung fest, daß die große Mehrheit des Hauses den Friedensplan und die jetzige Haltung der britischen Regierung auf das schärfste ablehne.

Die britische Regierung befindet sich in äußerster schwieriger Lage, zumal die Fortführung der Sanktionen gegen Italien unter diesen Umständen unmöglich geworden sei. Außerdem müsse man sich jetzt Sorge machen um das Ergehen der britischen Flotte im Mittelmeer. So sei der Regierung jede Handlungsfreiheit genommen. Zwischen den Zeilen der Presse kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Regierung jetzt alles weitere dem Völkerbund überlassen werde, und daß Eden den wenig beneidenswerten Auftrag erhalten habe, nun „das Beste aus der Situation zu machen“ und gegebenenfalls den Friedensplan durch die kleineren Völkerbundsmächte zu Fall zu bringen. Die britische Regierung hält die Schwierigkeiten, eine wirksame Oelsperre zusammenzubringen, für unüberwindlich. Die Regierung sei nicht überzeugt, so erklärt z. B. „Morning Post“ in fettem Druck, daß Frankreich im Falle eines Angriffs auf britische Schiffe im Mittelmeer wirksamen Weisand leisten würde.

Erdölsperre vorläufig aufgeschoben.

Völkerbundsrat soll vorher den englisch-französischen Versöhnungsvorschlag prüfen.

Die Sitzung des Nitzchenausschusses der Sanktionskonferenz am Donnerstagmorgen, die etwa eine halbe Stunde dauerte, war ausgefüllt von Erklärungen Lavals, Edens und des polnischen Vertreters Komarnitzki. Sie schloß mit dem Ergebnis, daß die Frage der Erdölsperre gegen Italien bis auf weiteres zurückgestellt wurde.

Der französische Außenminister Laval machte dem Ausschuss Mitteilung über die in Paris erzielte englisch-französische Einigung. Der englische Minister Eden ergänzte diese Mitteilungen dahin, daß die beiden Westmächte zwar kein Mandat von der Sanktionskonferenz erhalten hätten, daß sie aber nichtsdestoweniger den Versuch unternommen hätten, die beiden Parteien zu versöhnen. Es handele sich nicht um Vorschläge, sondern um Anregungen. Zu ihrer Behandlung sei der Rat zuständig, der bald einberufen werden sollte. Komarnitzki erklärte,

die Mitteilungen Edens und Lavals verpflichteten den Ausschuss dazu, nichts zu unternehmen, was der Zuständigkeit der berufenen Völkerbundsorgane vortreten könnte.

Diese hätten die Bedeutung der neuen Entwicklung und die Gesamtlage zu prüfen. Bis der Völkerbundrat in der Lage sei, sich über die englisch-französischen Anregungen sachlich auszusprechen, sollte der Nitzchenausschuss keine Maßnahmen politischer Art treffen. Damit ist die Frage der Erdölsperre bis auf weiteres juristisch gestellt. Es wird angenommen, daß der Völkerbundrat sich nicht vor Dienstag, dem 17. Dezember, mit dem Vorschlag befassen kann.

Wie aus Genf berichtet wird, legt man bei der englischen Abordnung großen Wert auf die Feststellung, daß niemand einen Abbruch der Sanktionen verlangt habe.

Die Sanktionen gingen unentwertet weiter. Der Nitzchenausschuss werde aber auch auf der anderen Seite keine Schritte unternehmen und auch nicht einen Beschluß für die Oelsperre fassen, solange die Verhandlungen noch im Gange seien. Von englischer Seite wurde am Donnerstagabend in einer besonderen Erklärung bestritten, daß man in Paris die Absicht gehabt habe, irgendetwas gegen den Völkerbund zu unternehmen.

Die englische Abordnung ist der Ansicht, daß, wenn beide Teile, also Italien und Abessinien mit den in Paris ausgearbeiteten Anregungen einverstanden seien, der Rat in kürzester Frist durch Verhandlungen mit Klotz und einem Vertreter Abessinien noch vor Weihnachten zu einem vorläufigen Abschluß kommen könne. Sollten beide Teile nicht einverstanden sein, dann werde man sich noch in der Woche vor Weihnachten bemühen, andere Vorschläge auszuarbeiten. Der Rat habe dann aber völlig freie Entscheidung und sei in keiner Weise an die Pariser Vereinbarungen gebunden.